



Krieg und Leichen bleiben die Hoffnung der Reichen für die Rückbesinnung auf und den Kampf für ein allgemeines, emanzipatorisches gesellschaftspolitisches Mandat von Gewerkschaftsarbeit ¹

Zusammengestellt, redaktionell bearbeitet von **Andreas Buderus**

„Das Hauptziel allen politischen Handelns muss es sein, das fürchterliche Blutvergießen und den sinnlosen Abnutzungskrieg in der Ukraine durch einen ausgehandelten Waffenstillstand zu beenden, Friedensverhandlungen einzuleiten, eine Eskalation des Kriegs in der Ukraine durch die Atommacht Russland unbedingt zu verhindern und auch das immer realistischere Szenario abzuwenden, dass der Krieg in der Ukraine auch über ihre Grenzen eskaliert, in das, was dann zwangsläufig der Dritte Weltkrieg im Atomzeitalter wäre.“ (40)

In diesem blutigen Abnutzungskrieg mit täglich knapp 1.000 Toten auf beiden Seiten ist ein **immenses Eskalationsrisiko** eingelagert, einschließlich der – von den USA und den westeuropäischen NATO-Staaten bislang noch ausgeschlossen – **direkten Entsendung von NATO-Truppen in die Ukraine**. Dies liegt daran, dass der Ukraine schlicht und ergreifend die Soldaten ausgehen, die die gelieferten Waffen überhaupt bedienen können. (12)

Jenseits der offensichtlichen **Brutalität des Krieges als solchem, mit bisher mindestens 300.000 Opfern und täglich (geschätzt) weiteren 1.000 Opfern mehr**, werden in seinem Schatten mit (mindestens) **stillschweigender Zustimmung** auch des sogenannten `kollektiven Westens` **massenhaft demokratische und Menschenrechte durch die Herrschenden in der Ukraine abgeräumt**: zuvorderst das [Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung](#) aber auch – für Gewerkschafter:innen besonders zu beachten! – Arbeitnehmer:innenrechte: Das Europäische Gewerkschaftskomitee für Bildung und Wissenschaft (EGBW) und auch der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) weisen schon im Oktober 2022 darauf hin, dass das damals von der Selenskyj-Regierung unter Kriegsrechtsbedingungen durchgedrückte [Gesetz 5371](#) „ein weiterer Akt des Angriffs auf Gewerkschaften in der Ukraine, unterstützt von Oligarchen, die hinter der regierenden Partei stehen“ und EU-Werte und –Prinzipien verletzen. „Die EU dürfe nicht schweigen“, heißt es weiter. **Der IGB fordert Ursula von der Leyen, die Präsidentin der EU-Kommission, zum Handeln auf**. Sie solle bei Präsident Selenskyj darauf pochen, dass **EU- und internationale Regelungen zugunsten von Arbeitnehmer:innen eingehalten werden**.

Der Ukrainekrieg zeigt je länger er andauert, je mehr, den inneren Zusammenhang und die **Untrennbarkeit von Innen- und Außenpolitik**, weil er nicht nur die (gesellschaftlich-klimatischen) **Bedingungen politischer Auseinandersetzungen im Inland** stark verändert und **militaristische Stimmungen** sowie **kollektive autoritäre Charaktereigenschaften** wieder hervorbringt bzw. reaktiviert, die überwunden schienen, sondern weil er als **Katalysator** einer neuen **Blockkonfrontation** `kollektiver Westen` gegen China dient – mit **dramatischen Folgen für die Innenpolitik**; insbesondere: **galoppierende Inflation, zunehmende soziale und gesellschaftliche Spaltung, Erstarken rechtspopulistischer und national autoritärer Strömungen, Verschärfung der inneren Sicherheit** (42).

¹ Der folgende Text basiert in weiten Teilen auf der sehr lesenswerten Analyse [`Die neue Blockkonfrontation – Hochtechnologie. \(De-\)Globalisierung. Geopolitik` - isw-report 133/134, Juli 2023](#) von Ingar Solty; wörtliche Zitate sind nur dann gekennzeichnet, wenn sie umfänglich und komplett sind; ansonsten finden sich die Fundstellen der jeweiligen Bezüge als Seitenzahlen in Klammern.

Es gibt in Folge des Ukrainekriegs und seiner globalen, auch geopolitischen Auswirkungen eine zunehmende strukturelle Annäherung und Überschneidung (‘Konvergenz’) von sozialer, Klima- und Friedensfrage.

„Die starken gewerkschaftlichen Streikbewegungen in Westeuropa (Spanien, Großbritannien, Frankreich, Deutschland) in 2022/2023 haben gezeigt, dass trotz ihrer eindrucksvollen, Mut machenden Dynamik die Bevölkerungsverarmung nicht auf rein tarifpolitischem Weg aufzuhalten ist. Die Tarifrunde Metall und Stahl hat offenbart, dass nicht einmal die mächtigsten Teile der Arbeiter:innenklasse in Deutschland mächtig genug sind, wenigstens das tarifpolitische Ziel des Inflationsausgleichs zu sichern, geschweige denn den Anteil am Produktivitätszuwachs oder die Realisierung der Umverteilungskomponente.“ (46)

Das ist dramatisch angesichts der aktuellen gesellschaftlichen und sozialen Situation (auch) in Deutschland: Nach aktuellen Erhebungen (2023) verfügen ein Drittel der Menschen über keinerlei Ersparnisse und knapp zwei Drittel verbrauchen ihr gesamtes Monatseinkommen oder mehr für die Deckung der Lebenshaltungskosten.

*„Die schleichende Verarmung breiter Bevölkerungsteile geht also in den Galopp über. **Für die Gewerkschaften bedeutet diese Entwicklung letztlich, dass sie ein politisches Mandat einfordern müssen, da der Weg der Sicherung der Beschäftigteninteressen über die Außenpolitik und eine rasche Beendigung des Ukrainekriegs sowie die Verhinderung einer neuen Blockkonfrontation führt.**“ (19)*

Entspannungspolitik ist die Voraussetzung für die Ermöglichung fortschrittlicher, emanzipatorischer Politik überall auf der Welt.

Es zeigt sich, dass der globale Kapitalismus zunehmend nur noch gewaltförmig durchgesetzt und aufrechterhalten werden kann. Während das von den liberalen Privatisierungsorgien verheerte **Russland** sich Zug um Zug und verschärft in eine **kriegerisch revisionistische Macht** verwandelte, *„nahm seit der Jahrtausendwende allem die Politik des Westens die Gestalt von **ad hoc feuerlöschenden Brandstiftern** an: Die Freihandelspolitik im Namen `ihrer` transnationalen und vor allem Agrarkonzerne führte zwischen 1980 und 2005 zur hundertmillionenfachen Proletarisierung von Klein- und Subsistenzbauern in Afrika und Lateinamerika, gegen die sich die Staaten des kapitalistischen Zentrums durch immer barbarischere Grenzregimes abschotteten.“ (25)*

In ihrem `World Employment and Social Outlook`-Bericht für 2023 weist die `International Labour Organisation` (ILO) auf einen wichtigen Zusammenhang hin: **Die global sinkende Lohnquote verschärft die stagnativen globalen wirtschaftlichen Tendenzen**, weil sie zu einem anhaltenden Nachlassen des Produktivitätswachstums führt: *„Wachsende Ungleichheit und nachlassende Produktivität verstärken sich gegenseitig, weil sie die Einkommenszuwächse in einer Weise konzentrieren)gemeint ist: in den Händen der Kapitaleigner!(dass sie Investitionen verhindern.“ (16)*

Für die Arbeiterklassen weltweit bedeutet dies jedoch eine vielerorts dramatische Verschlechterung ihrer Lage. Weil, so die ILO weiter, „in den meisten Ländern der Beschäftigungsgrad und das Arbeitsstundenvolumen noch unter dem Niveau von 2019, also der Zeit vor der Coronakrise, liegt)sehen sich(Arbeiterinnen und Arbeiter wahrscheinlich mit sich verschlechternden Arbeitsbedingungen konfrontiert“. Tatsächlich sind nach Angaben der ILO weltweit 473 Millionen Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter, d.h. 12,3 % der globalen Lohnarbeiterklasse, von unfreiwilliger Arbeitslosigkeit betroffen, während 2 Milliarden Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter einer informellen, d.h. besonders prekären Beschäftigung nachgehen. (24)

„Der New York Times-Kolumnist Thomas L. Friedman (...) schrieb 1999 vorausahnend: `Die unsichtbare Hand des Marktes funktioniert nicht ohne die unsichtbare Faust: McDonald's kann keine Geschäfte machen ohne McDonnell Douglas, den Produzenten der F-15"-Kampfflugzeuge. Er nahm damit ein Jahrzehnt elendiger NATO-, aber auch russischer Kriege vorweg: Kosovo (1999), Tschetschenien (1999-2009), Afghanistan (2001-2021), Irak (2003-2011, 2014-2021), Libyen (2011), Syrien (seit 2011), Mali (seit 2012) usw.“ (26)

„Die Parole `Sozialismus oder Barbarei` ist nach wie vor aktuell; die Bedingungen für den Sozialismus und auch für eine realistische Chance, einen unkontrollierten, durch die Überschreitung von Kipppunkten völlig eskalierenden Klimawandel zu verhindern, setzen Entspannung, Kooperation, Frieden voraus.“ (44)

Nach Angaben des Stockholmer Instituts für Friedensforschung (SIPRI) durchbrachen die **globalen Ausgaben für Kriegsmaterial 2021** zum ersten Mal die **Schallmauer von zwei Billionen US-Dollar** eine **Verdopplung seit 1998 (!)**. 2022 beliefen sie sich bereits auf 2,24 Billionen US-Dollar, was einem inflationsbereinigten Anstieg um 3,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Nach Angaben von "Business Insider" summierte sich schon im Vorjahr der **Umsatz allein der 100 größten Rüstungskonzerne weltweit auf 592 Milliarden US-Dollar (26)**, während gleichzeitig die **Zahl der Flüchtenden mit über 70 Millionen auf die höchste Zahl der Weltgeschichte** anstieg, und die Welternährungsorganisation (WHO) angesichts von **fast einer Milliarde hungernden Menschen weltweit die `globale Hungerkatastrophe`** erklärte...

Diese Datenlage lässt nur ein Fazit zu:

Krieg und Leichen bleiben die Hoffnung der Reichen.

Im neuen globalen Krieg, der spätestens seit dem Überfall der Russischen Föderation auf die Ukraine kein "kalter" mehr ist wird es nicht nur ein forciertes neues Wettrüsten und die weitere Zunahme von Stellvertreterkriegen geben. „Es werden in allen Staaten zwangsläufig **soziale und politische Errungenschaften der Arbeiterbewegung** und die **Ausgangsbedingungen für sozialistische Politik im Interesse der lohnarbeitenden Klassen unter Druck geraten**, nicht zuletzt, weil im **Ergebnis einer neuen Blockkonfrontation** auch das **Klima alle Kipppunkte überschreiten** müsste, und damit die **Klimakatastrophe mit allen zu erwartenden Folgen für die menschliche Zivilisation vollkommen eskalieren würde**. Die **Gefahr eines globalen Autoritarismus kommt eben (...) nicht von außen, sondern von innen.**“ (16f)

Die **Durchsetzung der "Zeitenwende"** und **100-Milliarden-Sonderschulden ohne gesamtgesellschaftliche Debatte** in Medien, Hochschulen, Gewerkschaften, Sozialverbänden und – **anders als noch im August 1914 im Kaiserreich** bei der Bewilligung der Kriegskredite (!) – „**ohne jedwede parlamentarische Diskussion und innerparteiliche Willensbildung**, ob man eine solche **'180-Grad-Wende'** in der deutschen Außenpolitik (Außenministerin Annalena Baerbock) als Gesellschaft überhaupt möchte, ist ein **Vorbote kommender Zentralisierung von politischen Entscheidungen.**“ (15)

„Die **Aufgabe für die linken friedenspolitischen Kräfte** heute besteht darin, klarzumachen, dass ohne den **Widerstand von unten** die Herrschenden auf allen Seiten zu Verhandlungen nicht oder erst dann bereit sind, wenn sie nicht mehr weitermachen können wie bisher. Dies gilt in erster Linie natürlich für **Wladimir Putin**, es gilt aber auch für die **ukrainische Regierung** und die **Opfer dieses Krieges**, die von der russischen und auch der ukrainischen Regierung bei **Bachmut** und an anderen **Frontabschnitten** als **Kanonenfutter** verheizt werden und die zunehmend die **Sinnhaftigkeit des Kriegs** infrage stellen.

Es gilt hierzulande zugleich für die vielen Menschen, die von Anfang an den Mut hatten, sich gegen den auch hier herrschenden Meinungsdruck auszusprechen und die – wenigstens intuitiv – wussten, dass dieser Krieg nicht militärisch, sondern mit einer Verhandlungslösung enden wird, dass es hierfür aber unbedingt der aktiven vermittelnden Bemühungen bedarf.“ (40)

Kurz: „So gesehen reicht die Konzentration der Gewerkschaften auf ihr `Kerngeschäft` nicht aus. Die soziale Frage ist heute mit der Außenpolitik stark verschränkt. Und daraus ergibt sich für die Gewerkschaften der Zwang, ein allgemeines, gesellschaftlich-politisches Mandat einzufordern und praktisch auszufüllen.“ (46)

Für die Gewerkschaften bedeutet diese Entwicklung letztlich, dass sie dieses politische Mandat einfordern und durchsetzen müssen, da der Weg der Sicherung der Beschäftigteninteressen über die Außenpolitik und eine rasche Beendigung des Ukrainekriegs sowie die Verhinderung einer neuen Blockkonfrontation führt.

„Es gibt heute drei zentrale friedenspolitische Aufgaben:

1. **Die unbedingte Vermeidung einer Eskalation des Kriegs in der Ukraine und über ihre Grenzen hinaus und die schnellstmögliche Beendigung des stattfindenden Abnutzungskriegs durch einen vermittelten Waffenstillstand, gefolgt von einem dauerhaft Stabilität, Sicherheit und Frieden in Europa garantierenden Friedensvertrag;**
2. **die unbedingte Verhinderung der vor allem von den USA im Windschatten des Ukrainekriegs angestrebten neuen Blockkonfrontation gegen China, die sich auch zwangsläufig verheerend auf Industriestruktur, Sozialstaatlichkeit, Demokratie, Zivilität und Liberalität im Innern Europas, ja auf der ganzen Welt auswirken würde, und**
3. **die alternative Entwicklung einer neuen `Neuen Ostpolitik, die `neu` ist, weil sie (a) mit der Richtung der vorherrschenden Konfrontationspolitik bricht und (b) sich auf den gesamten eurasischen Kontinent und namentlich China erstreckt.“ (46)**

Dabei gilt es für die Friedensbewegung auch, die Verknüpfungen zu antirassistischen und Bewegungen der Flüchtlingssolidarität herzustellen. Kurz, es besteht die Notwendigkeit, zersplitterte Einzel(fragen)bewegungen zusammenzuführen, und auch die Möglichkeit.

Die strukturelle Konvergenz von Friedens-, sozialer, Klima- und auch Emanzipationsfrage (Antirassismus, internationale Solidarität) zeigt, dass die Friedensfrage heute alle anderen Fragen überdeterminiert und darum unbedingt beantwortet werden muss. Die Aufgabe besteht darin, die Zusammenhänge aufzuzeigen und die Einzelthemen in eine gemeinsame politische Bewegung zu synchronisieren. (48)

Gelingt es, die strukturelle Konvergenz von sozialer, Friedens- und Klimafrage auch in eine Konvergenz von Gewerkschafts-, Friedens- und Klimagerechtigkeitsbewegung politisch zu verbinden, dann kann es auch gelingen, die drohende(n) Katastrophe(n) zu verhindern und die sozialistische Perspektive einer humanen Gesellschaft aufrechtzuerhalten. (49)

SAGT NEIN!

Gewerkschafterinnen gegen Krieg,
Militarismus, und Burgfrieden

www.sagtneln.org

Ingar Solty

DIE NEUE BLOCKKONFRONTATION

Hochtechnologie. (De-)Globalisierung. Geopolitik



Schutzgebühr: 5,00 Euro

ISW _____ **REPORT NR.133/134**
Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.